

Bürgerbrief

Sonderausgabe



Ratsfraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft Hemer e. V.

Auflage: 14.000

5. Jahrgang 2009

Liebe Hemeraner Mitbürgerinnen und Mitbürger

aus aktuellem Anlass wenden wir uns zum zweiten Mal im Jahr 2009 mit dieser Sonderausgabe unseres Bürgerbriefes an Sie, um Ihnen Informationen zur Situation der städtischen Finanzen zu geben.

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, befindet sich Hemer seit Dezember 2008 in der sogenannten Haushaltssicherung. Das heißt, die finanzielle Situation der Stadt hat sich leider so weit verschlechtert, dass Rat und Verwaltung nun gezwungen sind, ein Konzept für die kommenden Jahre zu erstellen, in dem aufgezeigt werden muss, mit welchen Maßnahmen im Jahr 2014 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann. Die Verwaltung hat dazu einen Katalog von Vorschlägen erarbeitet.

Am 16. Juni 2009 hat der Rat das auf dieser Grundlage aufgestellte Haushaltssicherungskonzept beschlossen.

Die **UWG** hat als einzige Fraktion gegen dieses Konzept gestimmt, weil darin erhebliche Steuer- und Abgabenerhöhungen vorgesehen sind.

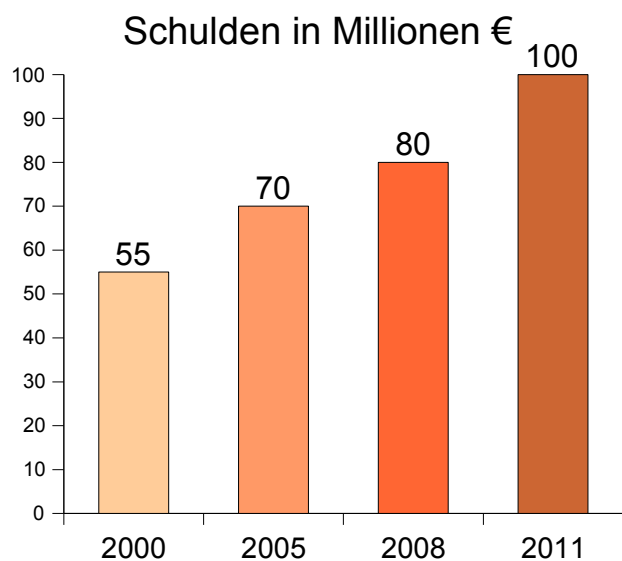
In diesem Bürgerbrief will die **UWG** Ihnen ihre Perspektiven zum Haushalt darlegen; wir stellen Ihnen konkrete Vorschläge zur Sanierung vor und sind gespannt auf Ihre Reaktion.

Im Namen der Fraktion grüße ich Sie herzlich!



Martin Dodt

Die Schulden der Stadt Hemer sind in den letzten Jahren bedenklich gestiegen.



Die stark anwachsende Verschuldung der Jahre 2008 bis 2010 resultiert zu einem Teil aus den Investitionen für die Landesgartenschau und den Innenstadtumbau, die den Haushalt mit mindestens 14 Mill. € belasten werden. Für diese Investitionssumme wird die Stadt zwar einen realen Gegenwert erhalten, auf der anderen Seite erhöht sich dadurch natürlich aber auch der Schuldendienst!

Viel problematischer hingegen ist die Tatsache, dass Hemer seit mehr als einem Jahrzehnt mit sogenannten strukturellen Haushaltsdefiziten kämpfen muss, d. h. dass die Ausgaben ständig wesentlich über den Einnahmen liegen, zurzeit ca. 3 - 4 Mill. € pro Jahr. Im Ergebnis bedeutet das, dass der Schuldenberg immer höher wird und uns und unseren Kindern letztlich kein Gestaltungsraum mehr bleibt. Gegen diese Entwicklung, so sorglos mit den Steuergeldern der Bürger umzugehen, hat die **UWG** stets Stellung bezogen, auch gegen erheblichen Widerstand der anderen politischen Kräfte.

Zum dritten Mal in der Haushaltssicherung

Kommunen, die so wirtschaften, müssen der Aufsichtsbehörde ein Konzept vorlegen, in dem sie darstellen, wie sie in Zukunft einen ausgeglichenen Etat erreichen wollen: das sogenannte Haushaltssicherungskonzept.

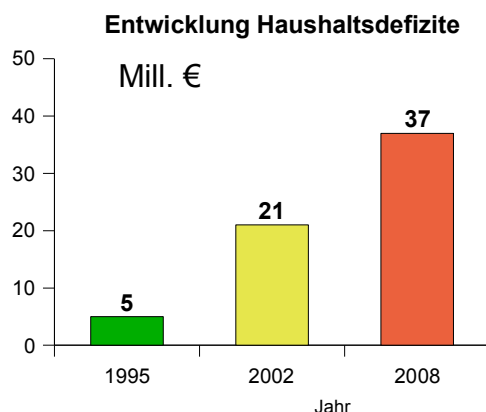
Seit Dezember 2008 steht es fest, dass die Stadt Hemer nun zum dritten Mal in diese Situation geraten ist. Denn in den Jahren 2008 bis 2012 werden sich Defizite in Höhe von ca. 37 Mill. Euro anhäufen.

Historie der Haushaltssicherung

In den 90er Jahren konnte die erste Haushaltssicherung noch aufgefangen werden, indem man geplante Investitionen zum Teil aufgab oder im Volumen reduzierte. Zwischen 1999 und 2002 wurde die Grundsteuer um 33% erhöht, um den Haushalt auszugleichen.

Die zweite Haushaltssicherung 2002 – 2006 gelang nur durch den Verkauf des Kanalnetzes an einen städtischen Eigenbetrieb. Der übernahm dabei auch 21 Mill. € Schulden. De facto wurde also nichts eingespart, die Schulden wurden nur verlagert. Die **UWG** sprach damals von einem Taschenspielertrick.

Nun wird in Hemer wieder gerechnet. Man versucht, zumindest auf dem Papier aufzuzeigen, wie man spätestens im Haushaltsjahr 2014 den Ausgleich erreichen kann, um aus der Haushaltssicherung herauszukommen. Dieses Mal beträgt das ohne Gegensteuern prognostizierte Defizit bereits 37 Mill.€!



Die dramatische Entwicklung des erforderlichen Umfangs der Haushaltssicherung zeigt die Grafik sehr eindrücklich.

Steuern und Abgaben zu erhöhen, wie es die Verwaltung, der Bürgermeister und die anderen Fraktionen einplanen, lehnt die **UWG** strikt ab!

Steuern erhöhen oder sparen?

Die **UWG** war immer schon der Meinung, dass Steuer- und Abgabenerhöhungen ungeeignete Mittel sind, um dauerhaft aus der Misere herauszukommen.

Dagegen richten wir den Blick auf die Ausgabenseite. Gespart werden muss vor allem am Personal, auch wenn dadurch einige Leistungen eingeschränkt werden müssten.

Wir brauchen mehr ehrenamtliches Engagement und weniger hauptamtliche Kräfte.

Bei weitreichenden Entscheidungen muss der Bürger mit einbezogen werden (z. B. durch einen Bürgerentscheid).

Prestigeprojekte oder Wahlkampfgeschenke, wie Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr, verbieten sich nach Meinung der **UWG** von selbst. Freiwillige Leistungen müssen überprüft und annähernd kostendeckend kalkuliert werden.

Jahrelang hat die **UWG** immer wieder gefordert:

„Schnallen wir den Gürtel enger!“

Konkrete Vorschläge

In den letzten Jahren haben wir gegen teure Prestigeobjekte gestimmt, stattdessen Alternativen für kleinere Lösungen aufgezeigt:

- **JUK (im ehemaligen Martin-Luther-Haus) statt Neubau Kulturzentrum**
- **Renovierung statt Umzug (Gymnasium)**
- **unnötige Sporthalle (Urbecker Straße)**

Aktuelle Sparmöglichkeiten:

Die **UWG** stellte im Mai 2009 den Antrag, die Fraktionszuwendungen für die Zeit der Haushaltssicherung um 50% zu kürzen. Bis 2014 würden so über 40.000 € gespart.

Aus Kostengründen hat die **UWG** den folgenden Projekten **nicht** zugestimmt:

- Wohnmobilplatz: 150.000 €
- Sportlergebäude Ennertsweg: 700.000 €
- Verteuerung Straßenpflaster: 170.000 €

Ehrenamtliche Arbeit in und außerhalb von Vereinen muss unterstützt werden. Dadurch werden Vereine in die Lage versetzt, z. B. Sportplätze kostengünstig in Eigenregie zu betreiben. Dass so etwas funktionieren kann, zeigen Beispiele wie Felsenmeermuseum und Heinrichshöhle.